



Grünes Bündnis
 Stadt Bern
 Postfach 6411
 Neubrückestrasse 17
 3001 Bern
 Tel. 031 301 82 09
 Fax 031 302 88 78
 info@gbbern.ch
 www.gbbern.ch
 PC 30-37923-6

gb.links

- Soziale Einheitskasse: Abstimmungskampf auf Hochtouren
- Gedanken zur Berner Kulturpolitik
- Wechsel im Stadtrat / NationalratskandidatInnen



GB-Gemeinderätin Regula Rytz zieht Bilanz über die erste Halbzeit in ihrer neuen Rolle

Zum Beispiel ein Velostreifen am Bollwerk

Regula Rytz: Die erste Velofahrerin im Gemeinderat, «stille Siegerin» (Halbzeitbilanz BZ) und «Rytz ist unkompliziert, dialogfähig, hat fundierte Dossierkenntnisse und treibt komplexe Geschäfte mit Erfolg voran» (Halbzeitbilanz Bund).
 Foto: Alexander Egger

Am 11. März findet in der Stadt Bern die Ersatzwahl für den verstorbenen Finanzdirektor Kurt Wasserfallen statt. Vermutlich wird die FDP dabei ihren zweiten Sitz verteidigen können. Damit wären die politischen Kräfte gleich verteilt wie in den letzten zwei Jahren, in denen RotGrünMitte – zum Teil mit Hilfe der FDP – viel an Dynamik, Dialogfähigkeit und Lösungen entwickelt hat.
 Die Stadt Bern befindet sich in einem Stadtentwicklungsschub: Im Westen entsteht das neue Brünen-Quartier mit 2500 Wohnungen, sozialen Einrichtungen und einer vorbildlichen öV-Erschliessung. In der Altstadt flaniert tout Berne durch die erste innerstädtische Begegnungszone. Das kulturelle Leben blüht, die Nachfrage nach städtischen Wohnungen übersteigt das Angebot und dank dem Ausbau von Familientagesstätten, Tagesschulen und Freizeitangeboten wird das Leben in der Stadt auch

für Familien attraktiv. Kurz: Bern ist ein spannender Ort zum Wohnen, Leben und Arbeiten. Das bestätigt auch die EinwohnerInnenbefragung: Neun von zehn BewohnerInnen leben gerne in der Kantons- und Bundeshauptstadt, die als einzige grosse Gemeinde in der Deutschschweiz die Asylgesetzrevision abgelehnt hat.
 Die grosse Dynamik hat auch ihre Kehrseite, die nur durch eine konsequente ökologische und soziale Politik begrenzt werden kann. Verdichtung und Wachstum führen z. B. zu mehr Mobilität und stellen unsere verkehrspolitischen Ziele – Verkehr vermeiden, verlagern und verträglich gestalten – auf die Probe. Hier muss ich als Gemeinderätin täglich Gegensteuer geben. Eine meiner ersten Amtshandlungen vor zwei Jahren war denn auch, endlich die dringend benötigte Velospur am Bollwerk in Auftrag zu geben. Auch bei der Förderung von Begegnungszonen, der Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs oder der Anregung einer breiten Road-Pricing-Diskussion habe ich vor allem ein Ziel vor

Augen: die umwelt- und stadtverträgliche Fortbewegung zu fördern.
 Zwei Dinge muss eine Gemeinderätin können, hat der Zürcher Umweltdirektor Robert Neukomm gesagt: Gute Arbeit leisten, wo sie zuständig ist, und gutes Lobbying machen, wo sie nicht zuständig ist. In meiner Direktion setze ich mich deshalb für intelligente Mobilität, blühende Grünanlagen und eine nachhaltige Stadtentwicklung ein. Gleichzeitig nehme ich als Gemeinderätin auf Themen Einfluss, für die ich in der Umsetzung nicht zuständig bin, zum Beispiel in der Sicherheits- oder Energiepolitik. Auch internationale Themen, Grundrechte, soziale Fragen, die Gleichstellung und die (Berufs-)Bildung liegen mir nach wie vor sehr am Herzen. Und mit der stellvertretenden Übernahme der Finanzdirektion Ende 2006 konnte ich an die langjährige Zusammenarbeit mit Therese Frösch anknüpfen.
 Nach einer intensiven ersten Halbzeit geht es nun mit vielen Grossprojekten weiter. Einige davon habe ich geerbt – vom

neuen Bahnhofplatz bis zur unpopulären Erhöhung der Abfallgebühren –, andere konnte ich von Anfang an mitgestalten, z. B. das optimierte Projekt Tram Bern West oder den Hochwasserschutz. Damit solche Projekte überhaupt umgesetzt werden können, ist eine unbürokratische und transparente Zusammenarbeit mit der betroffenen Bevölkerung, den Quartierorganisationen und Fachverbänden, dem Stadtrat und den Interessensorganisationen unerlässlich – und macht mir grossen Spass!
 In den nächsten zwei Jahren muss RotGrünMitte (RGM) die Bemühungen in der Umweltpolitik verstärken und die finanzielle Situation verbessern. Dazu ist eine enge Zusammenarbeit mit der Region Bern und der neuen Kantonsregierung wichtig. Vor allem aber setze ich mich zusammen mit dem GB und mit RGM dafür ein, dass die Sanierung der Finanzen nicht zu einem Abbau an Lebensqualität führen wird.
 Regula Rytz

AZB 3000 Bern 1
 Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern
 An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

gb.links

- Fr, 16.2., 9–16.45 Uhr, Hotel Bern.
Tagung «Labels unter der Lupe». Immer mehr transnationale Unternehmen führen Sozial- und Umweltstandards ein. Sind das bloss Lippenbekenntnisse oder ist das ein echter Fortschritt? Infos: www.evb.ch
- Do, 8.3. **Internationaler Tag der Frau – Bern.** Aktionen und Sondersession

der Eidg. Räte. Weitere Informationen: demnächst auf www.gbbern.ch

- Sa, 17.3.: **Nationaler Sammeltag der Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten».** Weitere Informationen zu Sammelständen unter www.kriegsmaterial.ch; Anmeldungen unter info@gbbern.ch

Abstimmungsparolen vom 11.3.07

Stadt Bern	
Zonenplan Grosse Allmend	JA
Verkauf Oberfeld Ostermundigen	JA
Kanton Bern	
Änderung des Polizeigesetzes (Police Bern)	NEIN
National	
Initiative für eine soziale Einheitskrankenkasse	JA

gb.tipp



Eine Veranstaltungsreihe zum Thema Ernährungssouveränität



Was ist Ernährungssouveränität? Der Begriff geht auf die globale Bewegung «La Via Campesina» zurück. Der Begriff bezeichnet das Recht aller Völker, Länder und Ländergruppen, ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selber zu bestimmen. Das Konzept der Ernährungssouveränität beinhaltet Landreformen, die Achtung der Rechte der Bauern und Landarbeiter, die Ablehnung des Einsatzes von Gentechnik in der Landwirtschaft, den Schutz der Kleinbauern vor billigen Importen und soziale Gerechtigkeit. Während der Veranstaltungsreihe wird das Konzept «Ernährungssouveränität» genauer unter die Lupe genommen und aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet.

Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 20 Uhr und finden im Politforum Käfigturm, Bern statt.

- Mi, 14.2.** Stoffkreisläufe und die Bedeutung der Landwirtschaft im Kanton Bern
- Mi, 14.3.** Nestlé und Coca-Cola: Kontrolle des Lebensmittelsektors im Spannungsfeld von Konkurrenz und Kooperation
- Mi, 21.3.** Ernährungssouveränität konkret. Wir bestimmen unsere Nahrungsmittelaufkäufe, unseren Energieverbrauch und unsere politischen VertreterInnen

Organisation: Arbeitsgruppe Schweiz – Kolumbien, attac Bern, OEME-Kommission Stadt Bern u.a. Download des Flyers auf www.gbbern.ch

Talon

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

- Ich möchte **Mitglied** werden beim **Grünen Bündnis**. Bitte schickt mir weitere Unterlagen.
- Ich möchte mich **aktiv** engagieren beim **Grünen Bündnis**. Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.

Impressum
 Redaktionsschluss gb.links 2/2007: 19. April.
 Redaktion: Reto Moosmann, Natalie Imboden.
 Satz und Druck: Genossenschaft Widerdruck, Bern. Lithos: Genossenschaft Graphix, Bern.

gb.bewegt

Frauenpolitik
 Kontakt: Barbara Amsler, frauenpolitik@gbbern.ch

Ökologie
 Montag, 12. Februar, 12. März, 16. April, 19 Uhr, GB-Sekretariat

Internationales und Migration
 Kontakt: Martin Wälchli, internationales-migration@gbbern.ch

Bildung (kantonale AG)
 Kontakt: Corinne Schärer, corinne.schaerer@vpodbern.ch

Nationale Politik
 Kontakt: Hasim Sancar, sancars@bluewin.ch

Leitender Ausschuss
 Mittwoch, 14. Februar, 7. März, 20 Uhr, GB-Sekretariat

Rundsicht



Das Zentrum Paul Klee funktioniert massenmedial zur Zeit gut. Es könnte über die Tourismusförderung abgewickelt werden und damit den Kulturretat entlasten.
Foto: Zentrum Paul Klee

In Bern ereignet sich viel in der Kultur. Viel Verstreutes, Vereinzelt in Ateliers und Proberäumen, viel im Stillen. Und das ist auch gut so, weil die Stille eine wichtige Bedingung künstlerischer Arbeit ist.

Nur aus der Perspektive der Kulturpolitik ist diese zerzauste Landschaft problematisch. Es gibt viel Unentschiedenheit zwischen Weltstadt-Ambitionen für Einstein und Klee und einer breiten Förderung aller Initiativen. Rasche, ultraprägnante Entscheidungen führen auf einmal zu national viel beachteten Strukturen wie dem Progr, um den Preis, dass reihum kleinere Akteure oder langfristig aufgebaute Strukturen, wie das Kornhaus, mit letalen Kürzungen konfrontiert werden. Ob die externe Spielstätte des Theaters, ein Schiffbau hoch oben auf dem Könizer Trockendock, überlebensfähig ist, bleibt zu bezweifeln. Das Zentrum Paul Klee funktioniert massenmedial zur Zeit gut. Es könnte über die Tourismusförderung abgewickelt werden und damit den Kulturretat entlasten.

Dieser Etat wurde über finanziell schwierige Jahre gehalten. Das ist eine politische Leistung. Was jedoch fehlt, sind mittelfristige Perspektiven der einzelnen Akteure und übergreifende Entwicklungsziele, die Entscheidung über Proportionen. Stadt und Kanton dürfen mit ihren Leistungsverträgen den Druck zur Erarbeitung inhaltlicher Konzepte durchaus erhöhen, ohne dass sie selbst dirigistisch in diese Konzepte eingreifen. Gedanken, die über den Tag hinaus gehen, zwingen zu einem Blick auf den Kontext und zu einer Positionierung in einem grösseren Rahmen. Berns Kultur braucht dringend auch eine regelmässige Betrachtung von aussen. Es darf keine Kulturkonzepte geben, die ohne einen Satz über das nationale Umfeld beginnen, keine öffentlichen Präsentationen von Museumsbauten, die am nächsten Tag widerlegt werden.

Immerhin gibt es erste Ansätze zur Koordination. Schliesslich haben sich auch das Kunstmuseum und das Klee-Zentrum zu einer verstärkten Absprache durchgerungen. Mit dem neuen Direktor im Klee-Zentrum wird sich diese integrative Dynamik noch verstärken. Fest steht, dass Bern eine zu geringe Finanzattraktivität hat oder zu wenig echte Grosszügigkeit kennt, um ein «point of sale» der Künste und ein Ort für Grossprojekte zu werden, die im nationalen oder gar im internationalen Massstab konkurrieren können. Der Wegzug von Galerien ist ein Symptom. Die texanische Entlassung von Reinhard Spieler als Direktor des Museums Franz Gertsch hat deutlich gezeigt, wie schnell auch im grossen Stil operierende Financiers hier Angst haben vor internationalem Erfolg, sobald es um

Kultur geht. Weitreichende Ausstrahlung ist in Bern möglich. Sie beruht aber weniger auf riesigen Dimensionen als auf der Leistung einzelner Persönlichkeiten und deren Arbeitsbedingungen. Weltrang hat die Abegg-Stiftung in Riggisberg.

Aufgrund seiner Ressourcen ist Bern vor allem ein Ort der künstlerischen Produktion. Dies bedeutet Entscheidungen zur jungen und jüngsten Kunst, zu Strukturen wie dem Progr oder der Reitschule, zum intensiveren Zusammenspiel zwischen den Institutionen, zur Förderung ausgewählter Einzelprojekte und zur längerfristigen Verstärkung der künstlerischen und der interkulturellen Bildung in den Schulen sowie deren Professionalisierung in den beiden Hochschulen.

Die Gesprächskultur unter den einzelnen Agierenden kann bei konkreten Projekten sehr rasch eine hohe Qualität erreichen: Im Sommer wird in der Kunsthalle eine Ausstellung über den amerikanischen Happening-Künstler Allan Kaprow (1927–2006) eröffnet, dessen Arbeit nur aus kurzen Handlungsvorschlägen besteht, die immer aktuell wieder umgesetzt werden müssen. Für dieses Ereignis werden sich Progr, das Zentrum Paul Klee, die Hochschule der Künste und KünstlerInnen aus Bern und aus verschiedenen Weltgegenden zu einer «Agency for Action» versammeln: ein kleines Modell der Konzentration von Energien auf einen Punkt, das auch für die Kulturpolitik spannend werden könnte.

Hans Rudolf Reust,
Kunstkritiker



Ja zur sozialen Einheitskasse!

Der Abstimmungskampf

zur Einheitskasseninitiative läuft auf Hochtouren. Neben der Forderung nach Einbettung der obligatorischen Grundversicherung in eine einzige Sozialversicherung analog zur AHV packt die Initiative vor allem zwei zentrale Missstände an, die dringend behoben werden müssen:

Die Jagd nach guten Risiken und die ungerechte Finanzierung über Kopfprämien. Der heutige Wettbewerb zwischen den Kassen ist ein Scheinwettbewerb, da das Krankenversicherungsgesetz die Kassen verpflichtet, in der obligatorischen Grundversicherung die gleichen Leistungen zu erbringen. Die Prämienunterschiede sind einzig auf die unterschiedliche Risikostruktur der Versicherten zurückzuführen. Mit der sozialen Einheitskasse würden die Prämien gemäss wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit erhoben. Die Formulierung der Initiative lässt Raum für viele Lösungsansätze. Das neue Finanzierungssystem braucht das alte nicht auf den Kopf zu stellen: Mit einer gänzlichen Prämienbefreiung von Kindern und einer Verdoppelung der heute für die Prämienverbilligung aufgewendeten öffentlichen Mittel kann die Prämienlast auch für den Mittelstand verringert werden. Und zwar in einfacher Weise: Aufbauend auf dem heutigen System kann diese Lösung mit den Einsparungen der Einheitskasse bei den Verwaltungskosten (500 Mio Fr.), einem Prämienzuschlag für die 10% Reichsten und der verbleibende Teil über Steuergelder finanziert werden.

Therese Frösch,
Präsidentin des Initiativkomitees

gb.gratulation

Das Grüne Bündnis gratuliert Hans Rudolf Reust ganz herzlich zur Wahl als Präsident der Eidgenössischen Kunstkommission.

gb.stadtrat



Catherine Weber, seit Juni 1999 im Stadtrat, ist Anfang Januar zurückgetreten. Nach sieben intensiven Jahren will sie neuen Kräften Platz machen. Catherine Weber war engagiertes Kommissionsmitglied und 2003 Präsidentin der Budget- und Aufsichtskommission BAK. Ihre Schwerpunkte lagen im Bereich der Grundrechte, bei der vermehrten politischen und öffentlichen Kontrolle polizeilichen Handelns, aber auch bei der parlamentarischen Aufsicht. Perlen ihrer Arbeit sind die Realisierung der Kultur-Legi, die Kommissionsarbeit für das neue Einbürgerungsreglement, ihr Engagement zur Entkriminalisierung des Cannabiskonsums, die Lobbyarbeit für den Erhalt des Kulturzentrums Reitschule und die Sanierung des Lorrainebades. Das Grüne Bündnis dankt Catherine ganz herzlich für ihr unermüdliches politisches und persönliches Engagement!



Gleichzeitig ist auch **Stefanie Arnold** zurückgetreten. Seit Januar 2006 im Stadtrat, hat sie sich für «freie Software» im Informatikbereich und für die Förderung von Frauen- und Mädchensport eingesetzt. Das GB dankt Stefanie für ihren Einsatz im Berner Stadtrat.



Ersetzt werden die beiden durch **Cristina Anliker-Mansour** und **Christine Michel**. Cristina ist beruflich als Kursleiterin bei der Volkshochschule Bern tätig.



Christine Michel ist neu nationale Gleichstellungsbeauftragte der Gewerkschaft UNIA. Das Grüne Bündnis wünscht beiden neuen Stadträtinnen einen guten Start!

gb.national

Für die Nationalratswahlen vom Oktober 2007 treten fünf KandidInnen aus dem Grünen Bündnis Stadt Bern an (auf der Liste der Grünen Kanton Bern): Die beiden Bisherigen **Therese Frösch** und **Franziska Teuscher**, die Grossrätin **Corinne Schärer**, Stadträtin und GB-Präsidentin **Natalie Imboden** sowie Grossrat und Co-Präsident der Grünen Kanton Bern **Blaise Kropf**. Das GB ist überzeugt, dass sich ein starkes Quintett zur Wahl stellt.

Am 11. März findet die Abstimmung über das neue kantonale Polizeigesetz statt

Police Bern: Fragezeichen bleiben

Am 11. März kommt das neue kantonale Polizeigesetz zur Abstimmung, welches die Grundlagen für die neue Einheitspolizei Police Bern schafft. Während die ländlichen Gemeinden Police Bern zustimmend zur Kenntnis nehmen, gibt es in der Stadt Bern ein gerüttelt Mass an Skepsis.

Vor einem Jahr hatte das Grüne Bündnis Stadt Bern in seiner Vernehmlassung viele Fragen zur beabsichtigten Einheitspolizei aufgeworfen. Als besonders kritisch erwiesen sich die Bereiche des Einflusses auf die Polizeiarbeit in der Gemeinde Bern, der politischen Kontrolle der Polizei sowie die Fragen zur Finanzierung. Was lässt sich nach der Gesetzesdebatte im Grossen Rat dazu sagen?

Kaum Möglichkeiten zur Einflussnahme
Mit Police Bern verliert die Stadt Bern massiv an Einfluss auf die Polizeiarbeit – gerade bei sensiblen Einsätzen. Zwar kann der Gemeinderat der Kantonspolizei bei der Planung eines Einsatzes (z. B. einer Demo) gewisse Vorgaben machen. Doch der konkrete Einsatz und damit die potentiell brisanten Entscheide über das einzuschlagende Vorgehen liegen allein bei der Kantonspolizei. An dieser problematischen Aufteilung von subjektiver und objektiver Verantwortung und von Kompetenzen hat sich nichts geändert. Auch die politische Kontrolle der Polizeiarbeit durch das Parlament wird mit Police Bern deutlich erschwert. Immerhin gesteht der Grosse Rat dem Gemeinderat der Stadt Bern neu ein Antragsrecht bei der Anstellung des zuständigen Regionenvvertreter zu.

Ungleichbehandlung der Gemeinden
Auch in der Finanzierungsfrage hat die Grossratsdebatte keine Entspannung zugunsten Berns gebracht. Weiterhin können Gemeinden mit bis zu 3000 EinwohnerInnen pro Jahr bis zu 45 Polizei-Gratiseinsätze beziehen – für 80% der Gemeinden bleibt die Polizei gratis. Am anderen Ende müssen die grössten Gemeinden (namentlich die Städte Bern und Biel) für die polizeilichen Leistungen einen um 10% höheren Kostenansatz bezahlen. Gegen diese Ungleichbehandlung grosser und kleiner Gemeinden wehrt sich das Grüne Bündnis. Zum Schluss schrieb das Kantonsparlament gar noch fest, dass die Stadt Bern mehr polizeiliche Leistungen beim Kanton beziehen bzw. finanzieren muss, als diese eigentlich vorgesehen hatte. Immerhin sorgte im Januar der abgeschlossene Ressourcenvertrag zwischen der Stadt und dem Kanton für eine leichte Entspannung. Offensichtlich ist es gelungen, eine Lösung

zu finden, welche den finanziellen Anliegen der Stadt Bern wenigstens halbwegs entgegen kommt. Ob dies bei einem nächsten Vertrag ohne den Druck der Abstimmung auch so sein wird, bleibt offen.

Klares Abstimmungsverhältnis im Grossen Rat

Im Grossen Rat war die Abstimmung über das Polizeigesetz eine klare Sache. Mit Ausnahme einiger weniger GrossrätInnen aus der Stadt Bern stimmten die meisten KantonsparlamentarierInnen dem Polizeigesetz zu. Auch bei der Volksabstimmung vom 11. März ist ein klarer Ausgang absehbar. Angesichts des unbefriedigenden Gesetzgebungsprozesses kann das Grüne Bündnis der Vorlage nicht zustimmen und empfiehlt seinen Mitgliedern, mit einem Nein den Unmut über die Vorlage auszudrücken.

Franziska Schnyder, GB-Stadträtin

